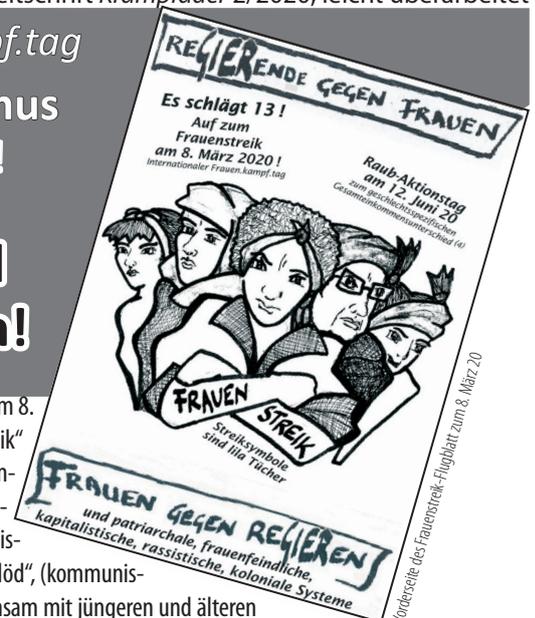


Frauenstreik und Internationaler Frauen.kampf.tag



**WENN WIR patriarchat und kapitalismus
beSTREIKEN STEHT DIE WELT STILL !**

Ein solidarisches Leben aufbauen und HERRschaftliche Systeme überwinden!



Das Frauenstreikkomitee in Wien gründete sich im Sommer 2018 für die Vorbereitung für Frauenstreiks am 8. März. Es wurden Flugblätter erarbeitet - „Frau findest du es zumutbar... 1001 Gründe für einen Frauenstreik“ und ein Flugblatt zu Streikmöglichkeiten. Diese wurden bei Demos, Veranstaltungen, mittels Hauswurfsendungen und in digitalen Netzwerken verteilt und verbreitet. (siehe auch: *Krampfader* 2019 und www.frauenstreikt.noblogs.org). Es gab und gibt dabei Diskussionen und Austausch mit (anarchistischen) Syndikalistinnen vom WAS (Wiener Arbeiterinnen Syndikat), (feministischen) Aktivistinnen von „Sozial aber nicht blöd“, (kommunistischen) Gewerkschafterinnen von KomIntern, von denen sich auch einzelne aus diesen Gruppen gemeinsam mit jüngeren und älteren (autonomen, radikalen) Feministinnen im Frauenstreikkomitee organisieren. Es wurden damit erste Diskussionen und Aktionen in Bewegung gesetzt; u.a., dass sich Aktivistinnen vom Frauenstreik bei dem Demos und Veranstaltungen der Arbeitskämpfe im Sozialbereich beteiligten und Aktivistinnen des Streiks diesen auch als eine Form des Frauenstreiks sehen. Denn: ca 70% der Arbeitenden im Sozialbereich sind Frauen. Denn: Ca 70% der Arbeitenden arbeiten in Teilzeit. Denn: Löhne im Sozialbereich liegen 20% unter dem Durchschnittslohn – wie mehr oder weniger bei allen Branchen in denen mehrheitlich Frauen arbeiten.

Arbeitende im Sozialbereich im aktuellen sozialen und politischen „Ausnahmestand“. **Sozial aber nicht blöd !**

Aktuell, im Zuge der Gesundheitskrise und des sozialen und politischen Ausnahmestandes – als „Corona-Krise“ bezeichnet – werden die Arbeitsbereiche im Sozial-, Gesundheitsbereich, in der Pflege und im Handel und jene, die unbezahlte Versorgung von Kindern, Älteren und Kranken zu Hause machen - plötzlich als „Systemerhalterinnen“ oder „systemrelevant“ benannt und beklatscht. Es ist wichtig Solidarität und Anerkennung zu zeigen und zu spüren. Dass diese Arbeiten bedeutende gesellschaftliche Arbeiten sind, wissen wir aufgrund des feministischen Blicks und der Kämpfe der autonomen Frauenbewegungen schon lange und das wird jetzt erfreulicherweise sichtbarer. In der „feministischen Ökonomie“, die sich mit den autonomen Frauenbewegungen seit den 70er Jahren entwickelt - mit der Hinterfragung des Arbeitsbegriffs bis zu Entwicklung eines Verständnisses der *Versorgeökonomie* (auch Care-Ökonomie genannt) - werden ökonomische Grundlagen und soziale Werte von Gesellschaften feministisch analysiert und daraus Perspektiven entwickelt. Wir begreifen dabei Frauen, die u.a. im Sozialbereich arbeiten, nicht als „Systemerhalterinnen“, wie das von Frauen in patriarchalen Verhältnissen

immer gefordert wird! Als Feministinnen wollen wir ein solidarisches gesellschaftliches Leben erhalten/bewirken und HERRschaftliche Systeme überwinden. Ein „gutes Leben für alle - weltweit“ wie das indigene, anticoloniale (Frauen-) Bewegungen prägnant auf den Punkt bringen. Oder anders gesagt, wir sind „sozial aber nicht blöd“ wie sich ein Netzwerk rund um die Kämpfe im Sozialbereich in Österreich treffend selbst bezeichnet. Dabei ist es wichtig die Kämpfe in weltweiten Zusammenhängen zu begreifen, wie dies die internationalen Frauenstreikbewegungen in ersten Schritten auch tun. So wird in dem (lesenswerten!) Buch „Frauen*streik“ (von Brigitte Kiechle) die Geschichte von Frauenstreiks und internationalen (Arbeits-) Kämpfen von Frauen vorgestellt. Darin heißt es in einem zitierten Antwortbrief der Rätinnen und der Sprecherin des Indigenen Regierungsrates der zapatistischen Bewegung auf einen Brief der Frauenbewegung Kurdistans: „Der Kampf jeder Frau - wo immer auf der Welt, zu welcher Zeit auch immer sie kämpft und rebelliert, neue Wege des Lebens zu schaffen vorschlägt (...) - ist ein würdiger Kampf, der uns vereinen soll. (...) Nur im Zusammenbringen der antikapitalistischen und antipatriarchalen Kämpfe weltweit organisierend und artikulierend - euer Kampf und unser Kampf - (...) werden wir unseren gemeinsamen Feind, das kapitalistische,

patriarchale, rassistische und koloniale System besiegen können.“

Wie hat sich der Frauenstreik hier seit dem 8. März letzten Jahres weiterentwickelt?

Im Juni 2019 gab es in Österreich ein **erstes Koordinationstreffen** mit Frauenstreikaktivistinnen aus Wien und NÖ. Da wurde beschlossen zum **Frauenstreik am 8. März 20** aufzurufen, obwohl und auch weil es ein Sonntag ist; es wäre die Möglichkeit die unbezahlte Versorgung in den Fokus zu rücken. Das ist uns leider nicht gelungen. Zusätzlich wurde entschieden zum **Raub-Aktionstag** am 12. Juni 20 aufzurufen - für öffentliche Proteste und Aktionen anlässlich des „geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschied“ (GOEG). Warum 12. Juni? In Österreich beträgt der GOEG 44,9%. Dieser Prozentsatz entspricht, auf die Tage des Jahres berechnet, dem 12. Juni. (siehe „Aktionstag zum geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschied“). Der steht uns noch bevor – trotz, mit und gerade wegen der „Krise“. Das Frauenstreikkomitee erarbeitete 2019 auch eine **Präsentation** mit Bildern und Texten zu „**Frauen bestreiken Kapitalismus und Patriarchat**“, mit den Schwerpunkten: * Proletarische Arbeiterinnenkämpfe und Frauenbewegungsgeschichte in Europa * Frauenkämpfe gegen Sexismus,

Krieg und ökonomische Ausbeutung weltweit * Frauenstreik international * Feministische Ökonomie. Frauenkampf ist Klassenkampf. Diese Präsentation wurde für eine Einladung auf der Wirtschaftsuni Wien im Rahmen einer a.o. Lehrveranstaltung „Antikapitalistische Theorie und Praxis“ erarbeitet und bei mehreren Veranstaltungen zur Mobilisierung zum Frauenstreik gezeigt. Längerfristig ist geplant eine Broschüre daraus zu erarbeiten und sie auch im Internet öffentlich zugänglich zu machen.

Zur Vorbereitung zum Frauenstreik wurde auch ein **Fragebogen** erarbeitet, anknüpfend an einen Fragebogen den die erste Frauenstreikinitiative in Wien „Wüde Weiba“ 2000 erarbeitete und der überarbeitet und ergänzt wurde - mit (anonymen) Fragen zu ökonomischen (Un-) Abhängigkeiten, bezahlten und unbezahlten Arbeiten, Arbeitsverhältnissen wie u.a. Überstunden und möglichen Krankenständen, zur Versorgung von Kindern, zu Erwerbslosigkeit, ehrenamtlichen und politischen Aktivitäten, Mietzahlungen im Verhältnis zum Einkommen, Erfahrungen und Bedrohungen von sexistischer und rassistischer Gewalt, mit Fragen zu sexistischer Werbung, Pornographie, Schönheitsidealen und Rollenbildern, um Abtreibung, Familien- und Bevölkerungspolitik u.a.m. Der Fragebogen wurde und wird bei Demos und Veranstaltungen verteilt, um über Arbeits- und Lebensbedingungen zu reflektieren und diese sichtbar zu machen und für einen Frauenstreik zu aktivieren. (siehe auch: www.frauenstreik.noblogs.org) Die Auswertung der Fragebögen sind bis zum **Raub-Aktionstag** am 12. Juni geplant. Kurz vorm 8. März wurden **Postkarten „Taten statt Worte. Frauenstreik“** als „lila Streikkarte für sichtbaren alltäglichen Frauenwiderstand“ mit feministischen Botschaften gegen Femizid, Vergewaltigung, Rassismus, Lohnunterschieden und für (internationale) Frauensolidarität und **Sticker zum Frauenstreik** produziert.

8. März 20 - Internationaler Frauen.kampf.tag in Wien

Ab Dezember 19 gab es weitere **Vernetzungstreffen** mit den neu gegründeten Frauen*streik- und feministischen Streikkomitees, die 2-3 wöchig stattfanden. Neben dem, dass

Aktionstag zum geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschied

Frauen im Erwerbsalter arbeiten bezahlt und unbezahlt ungefähr gleich viel wie Männer, nach einigen statistischen Erhebungen sogar mehr. Und trotzdem verfügen Frauen nur über etwas mehr als die Hälfte der Einkommen der Männer. (aus: AEP Nr. 3/17 Wirtschaftspolitik auf wessen Kosten. „Die große Ungerechtigkeitsmaschine“ von Mascha Madörin) Seit einigen Jahren berechnet das Statistische Amt der EU/Eurostat den geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschied, welcher die gesamte Einkommenslücke von Frauen in Vergleich zu Männern ausdrücken soll; Der geschlechtsspezifische Gesamteinkommensunterschied GOEG (Gender Overall Earnings Gap) beträgt in Österreich 44,9 % und liegt EU-weit an 4. höchster Stelle (hinter NL, UK, D mit 45,2% und vor der CH mit 44,2%). Dieser beinhaltet nicht nur den Stundenlohnunterschied GPG (Gender Pay Gap) sondern auch das Arbeitsaufkommen der unbezahlten gesellschaftlichen (Versorge)Arbeiten - den zu 2/3 Frauen leisten - und die Tatsache, dass Branchen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, geringer entlohnt werden.

Und dabei finden wir es grundlegend und notwendig zu begreifen, „dass 46 % aller Arbeitenden, im besonderen Migrantinnen und Alleinerzieherinnen und 3/4 aller Frauen als Reinigungskräfte, Kassiererinnen, Friseurinnen und Kosmetikerinnen von ihrem Einkommen NICHT eigenständig leben können...und später nicht von der Pension.“ (aus: Frauenstreik-Flugblatt)

die jeweiligen Streikkomitees Veranstaltungen und Aktivitäten organisierten, war ein Schwerpunkt, wie wir trotz und mit unseren Unterschieden, ein gemeinsames Handeln am 8. März gestalten. Denn seit ca 3 Jahren gibt es Wien zum 8.3. zwei Demonstrationen, eine „all-gender“ Demo und eine Frauendemo für Frauen, Lesben, Migrantinnen, Mädchen.

Den Aktivistinnen der „**Frauendemo**“ ist eine autonome Frauenorganisation und die Sichtbarkeit von Frauen als politische Subjekte, ein feministischer Widerstand von Frauen, Lesben, Migrantinnen, Mädchen, und feministische Perspektiven die sich daraus entwickeln, wichtig. Die „Frauendemo“ war eine kämpferische, bunte Demo mit 400-500 Teilnehmerinnen, zu der autonom-feministische-, migrantische-, türkische-, kurdische-, linke Frauenstrukturen, kommunistische und anarchistische Gewerkschaften aufriefen, und die allen Beteiligten viel Kraft gab.

Die Aktivist*innen der „all-gender“ Demo, die sich „take back the street“ (! ein Slogan der autonomen Frauen-

bewegung der 70er-Jahre für Walpurgisnacht-demos gegen Männergewalt an Frauen !) nennen und zu einem „feministischen Kampftag“ aufrufen, organisieren seit ca 3 Jahren Demos parallel zur Frauendemo und lehnen eine mögliche Begegnung der Demos oder gemeinsame Abschlusskundgebung ab.

Die Aktivistinnen des „Frauenstreik“ beteiligten sich bei der Frauendemo. Die Aktivistinnen vom „Frauen*streik“ und „feministischer Streik“, beteiligten sich bei der „all-gender“ Demo.

Die Gruppe „**Frauen*streik**“, die auf der Uni studieren oder arbeiten, machte am 6.3. eine Veranstaltung und Austauschtreffen und zeigte Filme zu Hausarbeiterinnen.

Am 8.3. vormittags organisierte der „**Frauenstreik**“ gemeinsam mit „**KomIntern**“, „**Sozial aber nicht blöd**“, „**Yeni Kadın**“ und „**Rotes Frauenkomitee**“ eine Solidaritätskundgebung vor einem Spital für die Arbeitenden im Gesundheitsbereich. **Der feministische Chor „Frauen singen von und für Befreiung“** sang mittags feministische- und Arbeiterinnenlieder in öffentlichen Verkehrsmitteln und anschließend bei der Frauendemo.

Das „**Bündnis Frauenstreik, Frauen*streik und feministischer Streik**“ erarbeitete eine Vernetzung und organisierte eine **Kundgebung** zu der beide Demos hinkamen. Der gemeinsame Schwerpunkt war das **Streikmikro**, mit Berichten von internationalen und regionalen (Frauen/Frauen*/feministischen) Streikaktivitäten, zum Sozialstreik und zu den Arbeitskämpfen in der 24-Stunden-Pflege in Österreich (siehe „*Manifest der ArbeitnehmerInnen in der 24-Stunden-Pflege*“) und einem Beitrag einer Aktivistin zu den Arbeitskämpfen von Krankenschwestern in Bulgarien (auf die im Folgenden noch eingegangen wird).

Von der AG „**feministischer Streik**“ wurde bei der Kundgebung ein **Streikcafe** zum Austausch von Streikerfahrungen, mit aktionistischen „Bastelmöglichkeiten“ und zum Abschluss musikalische Performances organisiert. Am Mo 9.3. organisierte der „Frauenstreik“ eine **Kundgebung vor der Mexikanischen Botschaft** - in Solidarität mit den zehntausenden Frauen in Mexiko, die am 9.3. u.a. gegen die zahlreichen Frauenmorde streikten.

Arbeitskämpfe der Krankenschwestern in Bulgarien.

Die Aktivistin erzählte beim *Streikmikro* am 8.3. von den seit über 1 Jahr andauernden Arbeitskämpfen der Krankenschwestern in Bulgarien. Sie gründeten eine eigene Gewerkschaft, weil die bestehenden Gewerkschaften ihre Kämpfe abwiegelten wollten. 80% der Krankenschwestern arbeiten, obwohl sie bereits in Pension sind. Einerseits können sie von ihrer Pension nicht leben, andererseits um das Gesundheitssystem zu erhalten, weil ein Großteil der jüngeren Krankenschwestern in Westeuropa arbeitet. Sie können dort mehr verdienen. Sie werden von westeuropäischen Ländern angeworben, um hier „billiger“ zu arbeiten und das Gesundheitssystem am Laufen zu halten.

Im Februar dieses Jahres haben die Krankenschwestern ein Protestcamp von dem Parlamentsgebäude in Sofia organisiert, um auf ihre Lage und Forderungen aufmerksam zu machen. Ihre Hauptforderung ist ein kostenloses Gesundheitssystem für alle - statt (für die Mehrheit) nicht leistbare gewinnorientierte Privatkliniken - und höhere Löhne. Am 6. März haben fünf Krankenschwestern einen Parlamentsraum besetzt. Sie konnten die Besetzung einen Tag halten und wurden dann von hunderten Polizeikräften geräumt. Aber es gelang ihnen damit eine gesellschaftliche Diskussion über ihr Kämpfe und Forderungen in Gang zu setzen. Wir wissen aktuell nicht wie sich ihre Situation in der „Gesundheitskrise“ mit Corona weiter entwickelt. Aber ihre Kämpfe zeigen den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Lebensbedingungen u.a. in West- und Osteuropa, die uns allzuoft kaum bewusst sind und uns noch allzu selten zu einer gemeinsamen solidarischen, politischen Praxis bringen.

Die Aktualität und Brisanz der feministischen Kämpfe in Zeiten des sozialen und politischen „Ausnahmestandes“

Zur Vorbereitung zum Frauenstreik 8. März 20 hat das Frauenstreikkomitee im FZ-Wien **Frauen aus unterschiedlichen Branchen eingeladen, die in Arbeitskämpfen im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, in der Pflege und im Handel aktiv sind.** Da

Manifest

der ArbeitnehmerInnen in der 24-Stunde-Pflege:

(...) die Arbeit in der 24-Stunden-Betreuung wird meistens von MigrantInnen geleistet. Die meisten von uns kommen aus Rumänien und der Slowakei. Wir arbeiten als EPU's (Ein-Personen-Unternehmen)

(...) In unserer direkten Arbeitserfahrung haben wir jedoch eine Reihe struktureller Probleme erkannt.

Da wir unsere Arbeit als EPU's verrichten profitieren wir nicht von arbeitsrechtlichen Schutz der für ArbeitnehmerInnen gilt, wie beispielsweise den garantierten Mindestlohn (...)

Missbrauch an uns wird (...) oft nicht ernst genommen oder geahndet und unsere Stimmen werden nicht gehört.

Die Arbeitsverträge, die von Vermittlungsagenturen angeboten werden, benachteiligen uns durch missbräuchliche Klauseln, die uns zur Zahlung großer Provisionen, verpflichtender Nutzung bestimmter unsicherer Transportdienstleistungen zwingen (...) verpflichten uns eine Inkassovollmacht zu unterschreiben

(...) Die Familien wissen oft nicht wie viel Prozent der von ihnen gezahlten Beiträge die BetreuerInnen tatsächlich erhalten.

Obwohl wir in Österreich arbeiten und durch Steuern und Sozialbeiträge zum Sozialsystem des Landes beitragen [ist] die Familienbeihilfe für unsere Kinder deutlich kürzer, wenn diese nicht in Österreich leben. (...)

In diesen prekären Arbeitsbedingungen vereinen wir (...) unsere Stimmen und verurteilen gemeinsam die Ungerechtigkeiten in dieser Branche (...)

Beschränkung der Befugnisse von Vermittlungsagenturen durch Entfernung der Inkassovollmacht (...)

Verpflichtende Verwendung eines Standardvertragsmodells (...in Deutsch sowie der Muttersprache der PflegedienstleisterInnen (...)

Eine klare Angabe des Arbeitszeitplanes mit Auflis-

tung der täglichen und wöchentlichen Freistunden, sowie die Verpflichtung zur Zahlung von Überstunden. Es ist unmenschlich wochenlang ohne Pause zu arbeiten!

Eine vertragliche Auflistung der spezifischen Bedingungen, unter denen die Tätigkeiten der BetreuerInnen stattfindet, z.B. die Sicherstellung der täglichen Mahlzeiten und die Respektierung des Rechtes auf Privatsphäre.

Die Provision für die Vermittlung soll von der Familie/der pflegebedürftigen Person und nicht von den Betreuungskräften bezahlt werden.

Ein Verbot des Aufzwingens von festgelegten Transportunternehmen zwischen dem Herkunftsland und Österreich

(...) Wir fordern Transparenz bei Provisionen und Zahlungen zwischen den beteiligten Parteien.

Die Einrichtung funktionaler Kontroll- und Beratungsmechanismen (...) Im Moment bleiben viele unserer Beschwerden, die wir an staatliche Behörden gerichtet haben, noch ungelöst!

Wir sind berechtigt einen Wechsel des Arbeitsplatzes zu verlangen, wenn der Zustand des Patienten die im Vertrag beschriebene Pflegebedürftigkeit übersteigt. Diese Änderung muss ohne Provision oder Strafzahlung erfolgen, was derzeit nicht möglich ist.

Wir fordern die Regierung auf, das Gesetz zur Indexierung der Familienbeihilfe, die von Österreich für Kinder ins Ausland gezahlt wird, aufzuheben. (...) Es ist ungerecht, dass wir nicht denselben Zugang zu Sozialleistungen wie der Rest der ArbeiterInnen in Österreich haben.

Wir fordern die angemessene Vergütung unserer Arbeit durch Kollektivverhandlungen! (...in Form eines Mindestlohns in Abhängigkeit vom Grad der Krankheit oder Invalidität der zu betreuenden Personen.

wurde z.B. erzählt, „dass du im Handel meist nur kurzfristig Dienstpläne erhältst und daher dein Leben, deine Arzttermine, Versorgung u.a.m. permanent umplanen musst? ...und einzelne Handelsketten dir sogar verbieten während der Arbeit auf die Toilette zu gehen und dir stattdessen Windeln verordnen.“

* dass in der mobilen Pflege durch die „geteilte Arbeitszeit“ deine Lohnarbeit über den ganzen Tag in Stücke verteilt ist und du dein Leben und Denken danach ausrichten musst. * dass die Arbeit im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich nach Kriterien von „Profit“ und „Effizienz“ und auch mit Niedrig-Löhnen und Leiharbeit organisiert wird. (aus: Frauenstreik-Flugblatt).

Gesundheitsbereich

Im Gesundheitsbereich Arbeitende erzählten auch dass in den Spitälern die Arbeiten „neu“ strukturiert sind/ werden; es gibt einerseits die „Ma-

nagement-Ebene“ und die ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen mit (längerer) Ausbildung und andererseits KrankenpflegerInnen (mit geplanten Kurzausbildungen), meist Migrantinnen, die als „Zuarbeitende“ gelten, weniger bezahlt bekommen und - wie auch das Reinigungspersonal - über Leiharbeit und ausgegliederte Arbeitsfirmen bezahlt werden.

Von einigen Seiten wird aktuell aufgezeigt, dass der „Ausnahmestand“ im Gesundheitsbereich mit „Corona“ sich - neben den jeweiligen Wohn- und sanitären Verhältnissen, Zugang zu Wasser und der Umweltverschmutzung - sich vor allem dort, „dramatisch“ entwickelt, wo die Jahre davor massiv im Gesundheitsbereich, in den Spitälern, beim Pflegepersonal und bei der Anzahl von Krankbetten „gespart“ wurde, um nach neoliberalen Vorgaben die Sozialausgaben zu reduzieren

- oder aufgrund der wirtschaftlichen Situation nicht vorhanden sind!

Handel

Den Arbeitenden im Handel wird aktuell für ihren Arbeitseinsatz „gedankt“ den Verkauf von Lebensmitteln aufrecht zu erhalten. In den ersten Wochen wurde aufgrund des „Ansturmes“ bzw. der „Hamsterkäufe“ Nacharbeit für das Auffüllen der Lebensmittellager eingeführt, und den großen Handelsketten wurden zusätzlich Bundeswehrsoldaten für die Lagerarbeit von der Regierung kostenlos zur Verfügung gestellt. Besonders „gefährdete“ ArbeitnehmerInnen wurden - wie dies in anderen Bereichen der Fall war - jedoch NICHT freigestellt! Die Arbeitenden in den Supermärkten erhalten in Österreich jetzt eine einmalige großzügig angekündigte „Corona-Prämie“; real sind es 250,- für Vollzeit- bis 75,- für Teilzeitbeschäftigte, und dazu noch als Gutschein für den Supermarkt in dem sie arbeiten (!). Und die Kassiererinnen erhielten erst Anfang April, nach über 3 Wochen der sogenannten „Schutzmaßnahmen“, Trennwände an den Kassen und erst jetzt gibt es die Anordnung, dass Angestellte und Einkaufende Masken tragen sollen, um andere besser zu schützen.... Ziemlich späte Überlegungen für einen „systemtragenden“ Arbeitsbereich (neben dem Gesundheitsbereich). Der Grund liegt nicht nur im Mangel an Schutzmasken, sondern offensichtlich in der Bewertung der Arbeitenden; mehrheitlich Frauen mit geringer Entlohnung, ein Großteil in Teilzeitarbeit, scheinbar leicht auswechselbar - patriarchale Verhältnisse, die den Kapitalismus am Laufen halten sollen. Nach dem ersten „Ansturm“ werden viele jetzt in Kurzarbeit geschickt; eine verstärkte existentielle Bedrohung für Arbeitende mit geringerem Einkommen. Und wie sieht es längerfristig aus? Es wäre wichtig, dass aus der „Anerkennung“ der Arbeit Kraft für Arbeitskämpfe und Solidarität für verbesserte Arbeitsbedingungen, auch für zukünftige Frauenstreiks entsteht.

Sozialbereich

Die Arbeitskämpfe und Streiks im Sozialbereich im Februar und Anfang März diesen Jahres waren die ersten, die vom politischen Ausnahmezu-

TATEN statt Worte!



Postkarte - lila Streikkarte

stand massiv betroffen waren. Am 10. März war österreichweit ein weiterer Streiktag und Großdemonstrationen in mehreren Bundesländern geplant. Genau an diesem Tag setzte die Regierung den Erlass für ein Versammlungsverbot von mehr als 500 Personen um! Die Kämpfe um eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, wurden zuerst aufgrund der „Krise“ ausgesetzt, aber dann „intern“ weiterverhandelt und abgespeist mit einer Gehaltserhöhung von 2,7% (!), einer Reduzierung der Arbeitszeit um 1 Stunde bis zum Jahr 2023 (?) - verbunden mit dem Aussetzen weiterer Tarifverhandlungen für die nächsten 3 Jahre !!!

Pflegebereich

Rund 950.000 Menschen sind in Österreich in der Pflege engagiert. Neben Pflegeeinrichtungen, mobilen - und 24-Stunden Pflegerinnen, sind es zu 80% Familienangehörige, davon 3/4 Frauen. In der 24-Stunden Pflege arbeiten ca. 80.000, vor allem Frauen, fast alle aus osteuropäischen Ländern; 50% kommen aus Rumänien. Sie arbeiten zumeist im 14-tätigen Wechsel als „grenzüberschreitende Pendlerinnen“, wie die Saisonarbeitenden in der Landwirtschaft. In der anderen Zeit arbeiten sie in ihren Herkunftsländern, wo sie zum Teil auch Kinder zu versorgen haben. Durch die Schließung der Grenzen werden sie jetzt blockiert. Die einen können nicht mehr ausreisen und viele sind am Ende ihrer Kräfte...; Ungarn hat Mitte März die Grenzen geschlossen: Erst nachdem Tausende an der Grenze blockiert wurden und dort Proteste entstanden, wurden während der Nacht „Korridore“ geöffnet, um Menschen nach Rumänien und Bulgarien einmalig zurückreisen zu lassen. Uns schützen keine GRENZschließungen und keine soziale AusGRENZung. Nicht die „Grenzgängerinnen“ sind die Gefahr, sondern die mangelnden „Schutzmaßnahmen“ für sie selbst und ihre Arbeit. Einige Bundesländer organisieren jetzt vereinzelt Flüge für die Pflegerinnen aus Rumänien, weil sie hier dringend gebraucht werden; allerdings nur für die Einreise, (bisher) nicht für die Rückreise! Und die Arbeitenden müssen 2 Wochen in Quaran-

täne, in der sie zwar Essen bekommen, aber keinerlei Lohnzahlungen oder „Entschädigungszahlungen“. Und 230 Pflegerinnen wurden z.B. in der Quarantäne die Pässe abgenommen - was Strukturen von Menschenhandel sind! - die sie erst nach massiven Protesten wieder zurück bekamen. Sie werden jedoch selbstverständlich in Gebiete vermittelt, die als „Risikogebiete“ gelten. „Schutzmaßnahmen“ für sie selbst gibt es keine. Hinzu kommt, dass ihr Aufenthaltsstatus an die konkrete Arbeit geknüpft ist, und die Wohnmöglichkeit meist direkt mit dem Arbeitsplatz verbunden ist. Die rassistischen Strukturen beschränken massiv die sozialen und politischen Rechte und Bewegungsmöglichkeiten. Portugal ist bisher das einzige Land der EU, in der die Regierung als eine der „Krisen-Maßnahmen“ allen, die sich im Land befinden, einen legalen Aufenthaltsstatus zuerkennt!

Jene die aktuell aufgrund der Grenzschließungen nicht einreisen können, haben zwar offiziell die Möglichkeit beim „Härtefallfonds für Einzel- und Kleinbetriebe“ anzusuchen, da sie derzeit als „Ein-Personen-Unternehmen“ (EPU) arbeiten. Aber sie brauchen dafür eine österreichische Steuer Nummer (was sie bisher nicht hatten, weil ihr geringes Einkommen von ca 800 - 900,- steuerfrei ist) und müssen ein österreichisches Konto vorweisen! Die aktuellen Hauptforderungen der Arbeitenden in der 24-Stunden Pflege sind, dass sie als Angestellte mit Kollektivvertrag arbeiten (und nicht als EPU arbeiten müssen) - und höhere Löhne! Der Pflege-„Notstand“ ist nicht neu. Es wird vor allem auf dem Rücken der Frauen ausgetragen; auf Kosten von Familienangehörigen, PartnerInnen, Freundinnen und von niedrig entlohnten Migrantinnen. Die Pflege und Gesundheitsversorgung sind soziale gesellschaftliche Grundrechte zu dem ALLE den gleichen Zugang haben müssen. Lassen wir nicht zu, dass sie nach der Logik des Profites strukturiert werden. Arbeitszeit runter - Löhne und Pflegegelder rauf!

Machen wir diese Arbeitsbereiche in den Frauenstreiks sichtbar! Setzen wir die Analysen der Feministischen Ökonomie in die Praxis um. Sexismus, Rassismus, Krieg und Kapital - bekämpfen Feministinnen international!